

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Hg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hilfs-Zentrale).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Hg., Familienanz. 15 Hg.,
Vereinsanz. 10 Hg., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 46.

Berlin, Mittwoch, 24. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Friedlicher Vertrag oder Klassenkampf. — Volkswirtschaft des Landes. — Die Gefängnisarbeit in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. — Allgemeine Handels- und Gewerkevereine. — Verbandsarbeit. — Anzeigen.

Friedlicher Vertrag oder Klassenkampf?

Zwischen dem Verbande der Deutschen Buchdrucker und der sozialdemokratischen Presse ist ein heftiger Prinzipienstreit entbrannt. Die sozialdemokratische Presse vertritt in diesem Streit das Dogma vom Klassenkampf in der ihr eigenen robusten Sprache gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker, der durch seine Vertreter einen neuen friedlichen Vertrag mit den Vertretern der Prinzipale zum Abschluß gebracht hat. Wer die Dinge durch die rote Parteilinse betrachtet, muß der sozialdemokratischen Presse recht geben; denn das Dogma vom Klassenkampf kann keine schlimmere Verhöhnung erfahren, als es jetzt zum wiederholten Male durch die praktische Tat des Verbandes der Deutschen Buchdrucker geschehen ist.

Unsere Leser ist bekannt, daß wir selbst den Laris, soweit er den Organisationszwang zum Ausdruck bringt, scharf bekämpfen. Diese Frage soll aber heute hier aufgehen.

Gegenstand unserer Erörterungen soll allein die Prinzipienfrage bilden, ob die deutsche Arbeiterbewegung auf dem Boden des von der Sozialdemokratie verteidigten Klassenkampfes erfolgreich sein kann, oder rascher zum Ziel kommt auf dem Wege, den der Begründer der Deutschen Gewerkevereine, Dr. Max Hirsch, der deutschen Arbeiterbewegung gebietet hat. Das Beispiel der Buchdrucker spricht für den von Dr. Max Hirsch gezeigten Weg, und alle bisher in der Arbeiterbewegung gemachten Erfahrungen sprechen gegen die sozialdemokratische Methode des Klassenkampfes.

Wo der Klassenkampf Anwendung fand, litt er elendiglich schwersten Schicksal!

Die Deutschen Gewerkevereine und ihr unerschütterlicher Dr. Max Hirsch haben das Streben nach friedlichen Verträgen niemals so aufgegeben, als ob sie willenlos unterwürfig sein wollten dem Machtgebote des Unternehmertums. Wo die friedliche Hand zurückgewiesen wurde, da griffen sie mit nerviger Kraft zum Schwert, um den Kampf für das friedlich Erstrebte mutvoll aufzunehmen. So hätten es gewiß auch die deutschen Buchdrucker getan, wenn die Unternehmer, vom Geiste Kirdorfs befehle gewesen, friedliche Unterhandlungen und ein verständiges Entgegenkommen abgelehnt hätten. Die Sozialdemokratie aber fußt auf dem Dogma des Klassenkampfes und muß daher den friedlichen Vertrag, als wider ihre parteipolitischen Interessen gehend, bekämpfen.

Darum gibt es auch keine unglücklichere Gemeinschaft als die zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Die Arbeiterberufsdereine müssen, wenn sie die Interessen der Arbeiter fördern wollen, nach praktischen Erfolgen streben, während die sozialdemokratische Partei als ihr agitatorisch wirksamstes Element den Klassenkampf ansetzen muß. Und darum lag zwischen den Gewerkevereinen und der Sozialdemokratie auch stets eine Kluft von gähnender Tiefe, über der es keine Brücke gab und niemals geben kann. Weil wir da kämpfen, wo es not tut, aber den Klassenkampf vermeiden, sind wir vom Hasse der Sozialdemokratie verfolgt worden. Und wo in Deutschland eine Organisation für die Interessen der Arbeiter wirkt, gleich-

viel, welchen Namen sie führt, ja gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der Generalcommission der Gewerkschaften steht, aber den grundsätzlichen Standpunkt der Gewerkevereine vertritt, da wird sie, wie auch das Beispiel der Buchdrucker beweist, von der Sozialdemokratie hart bedrängt und beschimpft. So ist es bisher gewesen, so ist es heute und so wird es immer sein, so lange die praktische Arbeiterbewegung den sozialdemokratischen Keil in ihrem Fleische duldet. Das ist der Prinzipienkampf zwischen der von den Gewerkevereinern vertretenen Weltanschauung und jener des dogmatischen Klassenkampfes. Das empfindet auch der Buchdrucker-Verband, und dieser Empfindung gibt Ausdruck ein Artikel des „Korrespondenten“ für Deutschlands Buchdrucker (Nr. 122), dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

... Man wittert Morgenluft und fürchtet das praktische Beispiel der Buchdrucker für die Gewerkschaftsbewegung; man muß einsehen, daß eine sozialistische Form der Agitation zwar kräftige Worte und Resolutionen zeitigt, aber für eine positive Verbesserung der Arbeiterverhältnisse nicht in Betracht kommt. Man lebt im idealen Wahne des Klassenkampfes, der doch noch einmal die Generalabrechnung mit dem Unternehmertum bringen wird, und will alle Kräfte der Arbeitererschaft auf diesen Punkt „konzentrieren“, um „gegebenenfalls“ die herrschende Gesellschaft „in sprühende Segen zu schlagen“. Mit einem Worte: den sozialistischen Radikalen ist jeder Schritt verhasst, der vom Wege der ohnmächtigen Phrase abirrt und sich in der Praxis des Lebens mit dem abfindet, was ist.

... Die Beschimpfungen, die seit 40 Jahren von Parteilinse auf unsern Verband gehäuft worden sind, besonders aber in den 70er und 80er Jahren und im letzten Jahrzehnt, hätten nach menschlichem Ermessen schon längst dazu führen müssen, dieser Partei den Gehörhauseingang zu verweigern, die es nicht zu verhindern gewillt ist, daß eine der musterhaftesten Gewerkschaftsorganisationen fortgesetzt von jedem durch Gottes Föhn in eine Parteilinse-Reklamation hineingeworfenen Phrasen an Ehre und Ansehen geschädigt wird. Die traurigsten Kameraden waren in diesem Falle leider nur allzu häufig unsere eigenen Kollegen, die mit der Beschimpfung ihrer eigenen Organisationen und ihrer Führer sich das Verdienst eines tüchtigen Parteigenossen bei den anderen Arbeitern erwarben und noch erwerben. Die Gesamtkollegenchaft aber hat das im großen und ganzen immer als selbstverständlich hingesehen, und nicht selten hat man aus Schlichterzeiten die Kampfesweise radikaler Genossen noch affiniert. So 1896 und auch jetzt wieder. Daraus erklärt sich auch, daß stets diejenigen Verbandsführer, sie mochten heißen wie sie wollten, welche gegen diese Angriffe aus Parteilinse reagierten, ganz besonders aufs Korn genommen wurden, weil man hoffte, mit ihrer Beschimpfung die unumschränkte Herrschaft über den Verband zu gewinnen. Zwar haben die Feinde des Verbandes im radikalen Lager sich regelmäßig dabei verschallert, aber sie haben die Besuche nicht aufgegeben, immer von neuem wieder gegen diese Führer anzuhäufen, und wie Kruppelle sie in der Wahl ihrer Mittel sind, beweisen die Taten der Verantwortung einer Sonderorganisation im Jahre 1897 und deren bedingungslose Unterstützung durch viele Parteilinse. Wie das Treiben jetzt wieder in der Parteilinse anhält, unterliegt es keinem Zweifel, daß man auch 1906 nicht davon zurückzudenken wird, Sonderbestrebungen in

unseren Reihen die Wege zu ebnen, und sollte man bloß damit erreichen, daß der Verband in seiner Arbeit lahmgelegt wird, um daraus wiederum die „Ohnmacht“ der heutigen Verbandsleitung zu demonstrieren. Diese vergebende Mühsarbeit geht unter der Deklaration „Förderung von Arbeiterinteressen“ in die Welt hinaus, und nicht wenige gibt es in unseren Reihen, die diese arbeitsamen Besuche, gegen jede positive Arbeit anzukämpfen, für sehr verlockend halten.

Mit „sachgemäßem“ Betrate ausgedrückt, geben sich dem „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ die edelste Mühe, unsere Organisation in die Gasse leerer Demonstrationen zu drängen, um liebsten aber in einen andächtigsten Streit. Seit mehr als einem Jahrzehnte haben alle großen Streiks Niederlagen für die Arbeiter im Gefolge gehabt, während der Verband in dieser Zeit intakt blieb und doch von Erfolg zu Erfolg schritt. Kämpfe, wie die der Grimmischer Textilarbeiter, denen es unendlich war, trotz der Unterstützung von ganz Deutschland den Existenzkampf zu befechtigen, wurden am Ausgange von der Parteilinse noch als ein moralischer Sieg gebühret, die Niederlagen vieler anderen Organisationen waren für Mütter à la „Leipziger Volkszeitung“ am besten ein „Sieg“, weil es den Unternehmern nicht gelang, die Organisationen der Arbeiter zu zertrümmern. Die Buchdrucker aber, die nicht nur bei den diesjährigen Tarifverhandlungen erreichten, daß ihre Organisation als gewerblicher Faktor zur Anerkennung gelangte, sondern außerdem eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die 53 1/2-kündige Arbeitswoche als Erfolg einer friedlichen Vereinbarung errangen, werden in schärfster Weise verurteilt, weil sie nicht durch eine radikale Taktik die Verhandlungen resultatlos verlaufen ließen und so die großen Theoretiker der Partei der Möglichkeit beraubten, „schlußfassen“, daß auch der Buchdruckerverband die Unmöglichkeit eines friedlichen Ausgleiches mit dem Unternehmertum eingesehen und lediglich nur noch auf dem Wege des Kampfes seine Forderungen durchsetzen konnte. Gerade die Haltung der führenden Parteilinse ist uns der beste Beweis dafür, daß sie bei einem eventuellen Abbruche der Verhandlungen eine Stimmung in unseren Reihen erzeugt haben würde, welche mit fliegenden Fahnen hätte in den sofortigen Kampf führen müssen. In der Niederlage der Buchdrucker wäre dann noch die der Buchdrucker gekommen und mit ihr im Gefolge die ganze Trostlosigkeit hoffnungsloser Zustände, für immer verpasster Gelegenheiten und rettungsloser Verzweiflung. Heute werden aus unseren Reihen den Gehilfenführern die verächtlichsten Gottizen an den Kopf geworfen, weil sie sich mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung zufrieden gegeben, im Falle einer sichern Niederlage aber wären die Wogen der Empörung über die pflichtverfehlenden Führer zusammengeschlagen, welche trotz der zehnprozentigen Lohnerhöhung die Gehilfenerschaft in einen verzweigten Streit geführt. Doch was kümmert das eine gewisse Richtung in der Parteilinse, die mit heiligem Eifer seit Jahren auf die Gelegenheit gewartet, endlich einmal mit der „Garmisch-Expedition“ in unsern Verbands aufkommen zu können! Bei ihr war die Gehilfenleitung schon vor den Tarifverhandlungen verurteilt, weil ja jeder vernünftige Mensch wissen mußte, daß die äußersten Forderungen der Gehilfen in solchem Umfange durchzusetzen ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Die Forderungen der Arbeiter sind stets berechtigt, ob sie aber durchführbar sind, darauf allein kommt es im Wirtschaftlichen an.

berhaupt
Dienste
16), so
fangene
zahl ist
der der
r, das
auf
ver-
daß sie
wirklich
ut die
r, daß
halten
brauch
anders
ng An-
r ihrer
leistung
wird
üssen,
als
eigen,
ebung
euten
n Kr-
en, die
ne, die
3000
er-
diese
ob
mal
aus-
stium
ante
arbeit
chon
dahn
der
eren
Ge-
ben
noch
den
Da-
den
en
en,
nen
heit
die
ie
rt-
er
der
er-
n-
ro
es
en
st
te
u

Systems an den Staat pro Kopf des Gefangenen eine bestimmte Summe, liefert das Arbeitsmaterial und überwacht die Arbeit, während der Staat sich auf Kontrolle der Strafanstalt beschränkt. In den 54 Gefängnissen, in denen unter diesem System gearbeitet wird, wurde fast die Hälfte des Marktpreises aller Gefängnisarbeit produziert, während ihre Zahl wenig über ein Sechstel aller Anstalten betrug. Pro Anstalt war dieser Wert auf 4020 Mk. berechnet, während er im Durchschnitt, wie oben angegeben, sich nur auf 2800 Mark stellte. Unter diesem System wurde rund der dritte Teil aller gewerblich tätigen Gefangenen beschäftigt. Man ersieht aber gleichzeitig daraus, daß dieses System einen großen Mangel für die freien Arbeiter war für die Gefangenen besetzt. Da es eine vollständige Einrichtung von größeren Fabriken bedingt, wirkt es stark auf die freie Arbeit. Den Gefangenen aber stellt es so gut wie vollkommen in den Dienst des Unternehmers. Die nominelle Aufsicht des Staates will dagegen nicht viel besagen, zumal hier fast lediglich Unterdame in Frage kommen, so wird eine vollkommene Ellaborat hergestellt.

Diese Mängel sollen mehr oder weniger bei den anderen Systemen von Arbeitsübergebung an Unternehmern in Gefängnissen vermieden werden. Diese können hier nicht im einzelnen dargestellt und kritisiert werden. Wir glauben jedoch nicht an ihre Wirksamkeit. Gegeben ist, daß der Staat die Sache in die Hand nimmt, wozu freilich besonders geeignete, auch geschäftlich tüchtige und erfahrene Beamte gehören, die aber doch besonders in Amerika zu beschaffen sind. Im ganzen scheint uns dem Bericht hervorzugehen, daß zwar die Ausdehnung wie die Bedeutung der Gefängnisarbeit gegenüber der freien in Amerika wie anderwärts diesfalls überhöht wird, daß es aber doch möglich ist, durch zweckentsprechende Reformen die Konkurrenz weniger sichtbar zu machen, ohne doch die Arbeit ganz aufzuheben, eine Forderung, die gung unmöglich zu erfüllen ist.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 23. Oktober 1906.

Die unruhigste Stellung der Gewerksverner, wie auch aller übrigen Arbeiter im Kampfe auf der Erde ärgerte den „Vorwärts“ und gewisse sozialdemokratische Gewerkschafter schon lange, und so pionieren sie nach irgend einer Verfehlung, um die Gewerksvereine zum Einstand machen zu können, wenn der Kampf nicht den vollen Erfolg für die Arbeiter brachte. Nun wo der Kampf zu Ende ist, da gehen die Verleumdungen im „Vorwärts“ auch schon los. Die sozialdemokratische Provinzpresse und die Organe der Gewerkschaften werden die Schuld nehmen und den Angriff auf die Gewerksvereine zum Abdruck bringen.

Nach dem verlogenen „Vorwärts“ hätte der Kampf Aussicht auf vollen Erfolg gehabt, wenn er noch hätte längere Zeit weiter geführt werden können. Bei den Gewerksvernern aber sei Edmullers Ritzmeister gewesen, der Generalrat habe die Hand auf den Beutel gehalten und dem Kampf ein vorzeitiges Ende bereitet. Wir wollen demgegenüber nur die eine Tatsache feststellen, daß der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter die am Kampfe beteiligten Gewerksvereiner nach folgenden Grundrissen unterteilt hat:

Nach einjähriger Mitgliedschaft pro Woche: 1. Be-
trahete 17 Mk. und pro Kind 50 Pf.; 2. Unverheiratete
11,50 Mk.
Nach 26wöchiger Mitgliedschaft pro Woche: 1. Be-
trahete 15 Mk. und pro Kind 50 Pf.; 2. Unverheiratete
10,50 Mk.
Nach 6wöchiger Mitgliedschaft pro Woche: 1. Be-
trahete bis zu 10 Mk. pro Woche und pro Kind 50 Pf.;
2. Unverheiratete 6 Mk.
Unter 6wöchiger Mitgliedschaft pro Woche: 1. Be-
trahete bis zu 9 Mk. pro Woche; 2. Unverheiratete
4 Mk.

Für den Kampf in Kassen sind einschließlich
Sammelgehälter ca. 100 000 Mk. aufgebracht worden.
Der Kampf ist genau so einmütig wie er be-
gann auch zu Ende geführt worden. Die Ver-
treter der sämtlichen an dem Kampfe beteiligten
Organisationen haben einmütig den Beschluß gefaßt,
den Kampf abzuwenden, als sie erkannten, daß mehr
als das, was die Direktion gewähren wollte, gegen-
wärtig nicht zu erreichen war.
Wir verweisen hierzu auf den Bericht aus Kassen
im Gewerksvereinsteil.
Dem „Vorwärts“ wird an anderer Stelle (im
Beitrag) der Vorwurf der Fälschung gemacht. Dieser
Vorwurf trifft vollkommen zu. Wir nageln darum
fest, daß der „Vorwärts“ auch im Falle Kassen sein
niederträchtiges Gesegelschaft betreibt. Wie könnte man
auch von der „Vorwärts“-Redaktion ein anständiges
Verhalten erwarten?!

Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
hatte einen sehr arbeiterfreundlichen Artikel zugunsten

der Bergarbeiter gebracht, der in der Tagespresse als
eine indirekte Erklärung der Regierung angesehen
wurde. Das muß die Grubenherren in eine nicht
allzu kleine Erregung gebracht haben, denn, „alle
Schuld“ auf sich nehmend, erklärt das offiziöse Blatt,
die Regierung sei ganz unbeteiligt, der Artikel sei
redaktionellen, nicht amtlichen Ursprungs.
Die Sache ist interessant. Wir werden sie in
nächster Nummer beleuchten.

Inzwischen hat auch der Bergbauische Verein
in einer Vollversammlung in Essen Stellung genommen
und erklärt,
daß als Vertreter der Belegschaften nicht die Ber-
ghände, sondern nur die durch Gesetz geschaffenen
Arbeiterausschüsse anzusehen seien, und daß
andererseits der Bergbauische Verein nicht zuständig sei
über die Lohnfestsetzung Erklärungen abzugeben. Es
wurde beschlossen, den Begeh zu empfehlen,
mit den Arbeiterausschüssen zu den einge-
reichten Forderungen Stellung zu nehmen, wobei nach-
gewiesen werden soll, daß seit Jahresfrist die Löhne bereits
in rapiden, sprunghafter Weise um 10 bis
15 pCt. gestiegen seien und sich noch in fort-
währender Steigerung befinden. Insbesondere in der letzten
Zeit hat die Lohnfestsetzung noch besonders zugenommen,
was daraus hervorgeht, daß die Durchschnittslöhne im
Monat September d. J. sich um mehr als 7 pCt. höher
stellten als die Löhne im Durchschnitt des zweiten Quartals.
Die Lohnpreissteigerung, die im letzten Jahre durchschnittlich
4 pCt. betragen habe, werde damit von der Steigerung der
Aufhebung der sogenannten Sperre betreffe,
so könne angeseht eines Belegschaftswachses von rund
27 000 Mann im Monat September, gleich 120 pCt.
der gesamten Belegschaft auf das Jahr gerechnet, von
einer Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter
wohl nicht die Rede sein. Dieser Nachteil sei so be-
deutend, daß er geradezu eine Gefahr für das Leben
und die Gesundheit der Arbeiter angesehen werden
müsse und eine gewisse Beschränkung des fortwährenden
Wachses der Arbeitskräfte von seiten der Arbeiter dringend
erforderlich sei. Die Beschränkung würden sich auch
nicht das Recht nehmen lassen, die ihnen geeignet er-
scheinenden Bergarbeiter anzunehmen oder abzulehnen.
Man sieht, der Bergbauische Verein ist wieder
so ungeschickt wie am möglich.

Die unruhigste Stellung, wie sie Erkelens in seinem
Rundschreiben an einzelne Kollegen empfohlen hatte,
soll von den Kollegen Gleichauf und Hartmann
gestillt worden sein, als sie am 22. Mai in Düsseldorf
waren. Eine Notiz in der „Fab. Wöchentlichen
Vollzeitung“ soll das bekunden. Nun, jene Notiz,
von der wir leider erst heute Kenntnis erhalten,
stimmt augenscheinlich von Erkelens, der das Be-
dürfnis gehabt haben mag, seine Maßnahmen vor
der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und die Stellung
des Generalrats der Maschinenbauer als auf „einer
völlig irrtümlichen Auslegung der Düsseldorfer
Resolution“ beruhend, ins Unrecht zu setzen.
Wir stellen fest, daß jene Notiz nichts ist als ein
neuer Beweis dafür, daß Erkelens von einer geradezu
krankhaften Eigenliebe befallen ist, die es ihm un-
möglich macht, gestandes Unrecht einzusehen. Der
Generalrat und die ganze Organisation mögen ins
Unrecht gesetzt werden, nur er muß Recht behalten.
Er hat aber nicht Recht! Gleichauf und Hart-
mann haben die Taktik Erkelens in jener Düssel-
dorfer Zusammenkunft nicht gut gesehen. Das
sei hier mit allem Nachdruck festgesetzt.

Die Berliner Handelskammer hat sich in
sehr eingehender Weise mit der Heimarbeit in Berlin
beschäftigt und über dieselbe eine Enquete ausge-
nommen. Veranlaßt worden ist dieses dankenswerte
Vorgehen durch die Heimarbeitausstellung. Die
Enquete und mündliche Befragung zog nur Arbeit-
geber in Betracht, weil, so nahm man an, die Gegner
einer Reform der Heimarbeit von den Angaben der
Arbeiter und Arbeiterinnen in der Heimindustrie sagen
würden, daß sie nicht objektiv seien. Die Erklärungen
der Arbeitgeber würden daher auf alle einen über-
zeugenden Eindruck machen.
In Berlin gibt es etwa 140 000 Heimarbeiter,
darunter mehr als 100 000 verheiratete Frauen. Die
Hälfte von diesen Frauen verdienten vielleicht nur
5-6 Mk. die Woche für Arbeiten, die sie neben der
Arbeit für die eigene Wirtschaft ausführen. Ein
solcher Lohnzusatz sei dem Ehemann willkommen.
Die Zwischenmeister, die ein Einkommen im
jährlichen Falle von 2000-2500 Mk. hätten, seien
unentbehrlich. Die von der Handelskammer ein-
gesetzte Kommission bestimorte die Einbeziehung
der Heimarbeiter in die Kranken- und In-
validenversicherung, wofür sich auch die meisten
Unternehmer erklärt hätten, ferner die Registrie-
rung, da diese die Unterlage für jede zu unter-
nehmende Reform sei, die Einführung von Arbeits-
nachweisen, Lohnausgang und sonstigen Arbeiterschutz.
Die Arbeit der Kammer soll sein bloß theoretischer
Beitrag zur Wirtschaftspolitik sein, sondern durch
Anfänger der Verhältnisse der Heimarbeit nützen.
Die Handelskammer beschloß, die Arbeit ihrer
Kommission, wenn möglich, schon in der kommenden

Woche zu veröffentlichen. Wir kommen dann darauf
noch zurück.

Der sozialdemokratische „Zentralverein der
Bureauangestellten“ in Berlin hat an die Vorstände
der Berliner Krankenkassen ein Schriftstück gerichtet,
welches die von den Sozialdemokraten besittene Laien-
sache feststellt, daß die unter sozialdemokratischer
Leitung stehenden Krankenkassen Profiteure für
die Agitatoren der Partei errichten. Das Schriftstück
lautet:

Während der letzten Monate sind bei einigen Kassen
leider unter Ignorierung unserer Arbeitsnachweise eine
ganze Anzahl Kassenbeamte eingestellt
worden, die sämtlich nicht Bureauarbeiter sind,
sondern allen möglichsten Bureauarbeitern sind,
welche die von den Sozialdemokraten besittene Laien-
sache feststellt, daß die unter sozialdemokratischer
Leitung stehenden Krankenkassen Profiteure für
die Agitatoren der Partei errichten. Das Schriftstück
lautet:

Wird die sozialdemokratische Presse auch jetzt noch
den Mut finden, zu streiten, daß die Krankenkassen
ihre Beamtenstellen den Parteilagitatoren
geben, die zum Teil keinen Dienst haben von den
Dingen, die sie als Beamte der Kassen leisten sollen.

Arbeiterbewegung. Wegen Maßregelung von
Mitgliedern der Werkstattkommission haben die Ar-
beiter der Maschinenfabrik von Schoening in
Berlin die Arbeit niedergelegt. — In der Eisen-
gießerei von Rehling & Thomas sowohl als auch
im Autobau bei Siemens & Halske in Berlin
dauert der Streik noch an. — Der seit Anfang Sep-
tember andauernde Ausstand der Berg- und Hütten-
arbeiter der Stadtberger Hütte in Niedermark-
berg im Sauerlande ist beendet. Er hat den Ar-
beitern, die im Gewerksvereine christlicher Bergarbeiter
organisiert sind, nur einen teilweisen Erfolg gebracht.
— Der Streik der Werkzeugschleifer in Berlin
nimmt seinen Fortgang, da die angebotenen Ein-
igungsbedingungen aus diesmal zu keinem die
Arbeiter befriedigenden Resultate führten. — Die
Mitgliedersattler der Firma Wunderlich
Nachfolger in Blankenburg bei Berlin haben
wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt.
— In eine Lohnbewegung sind die Harmonikmacher
in Altenburg eingetreten. Sie fordern eine wöchent-
liche Arbeitszeit von 56 Stunden, für Stundenlohn
4 Pfg. und für Akkordarbeit 10 pCt. Erhöhung.
— Der Hafenarbeiterstreik ist nun auch in Mann-
heim zugunsten der Arbeiter beendet. — Dagegen
ist in der Bewegung der Elbschiffer eher noch eine
Verschärfung der Lage eingetreten. Die Schiffahrts-
gesellschaften sollen fest entschlossen sein, den Arbeitern,
deren Zahl sich im ganzen auf etwa 3000 beläuft,
keinerlei Zugeständnisse zu machen. — Der Ausstand
der Bergarbeiter auf der Zinnergrube Reusch-
in Radzionka dauert noch an. Auch auf der
Neuvictoria-Grube bei Beuthen traten am Freitag
die Schleiher in den Ausstand, um eine Lohn-
erhöhung durchzusetzen. Auf Sammelgruben und
Bleischiefergruben wird der Ausbruch des Streiks
ebenfalls erwartet. — Der Streik der Fabrik-
schleifer in Leipzig ist beendet. Die Fabrik-
anten haben versprochen, nach Wiederaufnahme der
Arbeit auch die Lohnverhältnisse zu regeln. — Die
Ausperrung der Schuhmacher in Berlin dauert
fort und hat noch größere Ausdehnung angenommen.
— Die Gefellen haben die Ausperrung mit der Forde-
rung einer 10prozent. Lohnerrhöhung beantwortet.
— Eine lebhafte Bewegung macht sich, wie uns der
Verbandsgenosse D. meldet, zurzeit in Krefeld be-
merktbar. Nachdem die Buchbindergefellten den
Arbeitgebern die Bedingungen für einen am 1. No-
vember in Kraft tretenden Tarifvertrag unterbreitet
haben, traten in der Stoffwebererei von Kniffel
die Arbeiter wegen einer Lohnerrhöhung an den Unter-
nehmer heran, die auch wahrscheinlich bewilligt werden
wird. Ferner wurde vorige Woche in einer von
1200 Färbereibesitzern Verammlung ein Tarif-
entwurf beraten und angenommen, der inzwischen
sämtlichen Färbereibesitzern zugestellt worden ist. Der-
selbe regelt in erster Linie das Lehrlingswesen und
setzt den Lohn für Lehrlinge im ersten Jahre auf
8 Mk., im zweiten Jahre auf 10 Mk. und im
dritten Jahre auf 12 Mk. fest. Ihre Zahl soll
beschränkt werden. Für ausgebildete Schwarzfärber
werden im ersten Jahre nach der Lehrlinge 20 Mk.,
im zweiten 22 Mk. und vom dritten Jahre an 24 Mk.
als Mindestlohn verlangt. Des weiteren sind in dem
Tarif noch eine Anzahl Bestimmungen enthalten, welche

eine Regelung des Ueberstunden- und Feiertagsdienstsystems vorsehen, um die auf diesem Gebiete fast in allen Betrieben herrschenden Mißstände zu beseitigen. Verlangt wird ferner Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und des Festnachmittags. Die Arbeitszeit soll einheitlich auf zehn Stunden mit 1 1/2stündiger Mittagspause festgelegt werden. An Vorabenden von Sonn- und Feiertagen verlangen die Arbeiter 1 Stunde früher Betriebsstillstand. Die Kündigungsfrist soll für alle Betriebe und alle Arbeiter eine eintägige sein. Weiter wird Bezahlung an Feiertag abend und Anerkennung der Organisation und des Ausschusses verlangt. — In Rüncherg in Bayern sind bei zwei Firmen die Zettlarbeiter in eine Volksbewegung eingetreten. Gefordert wird der Feiertagsnachmittag, eine entsprechende Lohnsteigerung, die Befreiung von Mißständen und die Anerkennung eines Arbeiterausschusses. Eine Antwort auf diese Forderungen ist bisher noch nicht erfolgt. — Auf den Kohlengruben Grand Hornu bei Charleroi in Belgien sind 1500 Bergleute wegen abgelehnter Lohnforderungen in den Streik getreten. — Der Schmeiderstreik in Trieste ist beendet. Die Unternehmer setzen die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herab und bewilligten für Arbeiter eine 10, für Arbeiterinnen eine 5 prozentige Lohnsteigerung.

Die Freikonventionen haben zu Breslau einen Parteitag abgehalten. Beschlüsse wurden auf demselben nicht gefaßt. Die Anschauungen der Freikonventionen kamen in den akademischen Referaten zur Geltung. Aus ihnen ist hervorzuhelien, daß der Abgeordnete v. Kardorff die Sozialisten für sehr unpopulär hält. Man werde Umschau nach anderen Steuerarten halten müssen. Freilich von jeder Reform muß in keinem Referat die Frage auf, wann die Stunde für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts gekommen sein werde. Bis dahin müsse jedenfalls das preussische Wahlsystem beibehalten werden, um es in der Stunde der Abschaffung des bestehenden Reichstagswahlrechts in die Waagschale werfen zu können. Erst wenn das Reichstagswahlrecht entsprechend abgeändert worden wäre, würden die Freikonventionen in der Lage sein, das Wahlrecht in Preußen auf eine breitere Basis zu stellen. Die Freikonventionen zählen 20 Mitglieder im Reichstage, aber 59 im Abgeordnetenhause. Da möchten sie halt ein Reichstagswahlrecht haben, womit sie es auch im Reichstage auf 59 Mitglieder bringen können.

Gewerkvereins-Teil.

Wachen, 18. 10. Der Streik auf dem Hüttenwerk Nothe Erde wurde heute in einer großen Belegschaftsversammlung von den streikenden

Hüttenarbeitern nach unumwundener Dauer mit großer Majorität als abgebrochen erklärt, nachdem die Direktion das Hauptinhalts, die ärztliche Untersuchung, zurückgenommen hatte.

Erreicht wurde die einständige Mittagspause für alle Arbeiter, dreimalige Lohnzahlung, am 1., 11., und 22. im Monat, Auszahlung in Vollmünzen durch die Abteilungsleiter während der Arbeitszeit. Die Stöber erhalten für die Sonntagsschichten eine Rant mehr als früher, also jetzt 4,50 Mt. Befannagabe der Produktion am Schluß der Arbeitszeit. Die Arbeiterkommission kann ferner Wünsche der Arbeiter der Direktion übermitteln. Alle Arbeiter, bis auf vier, werden wieder eingestellt. Der dritte Dien am Strahe 5 wird für die Zukunft durch eigenes Personal besetzt. Die Arbeiter der Abtheilung, welche bis heute keine Lohnzahlung erhalten haben, sollen bedürftigst werden. Für die Schweiß- und Bohrermeister wird ein neuer Arbeitslohn ausgearbeitet. Der Beschluß die Wiedereinnahme der Arbeit der Belegschaft zu empfehlen, wurde in einer Konferenz gemeinsam und einstimmig von allen Organisationsvertretern gefaßt. E. Hartmann.

Verbands-Teil.

3. Mitteilung über eingekaufte Gemeingelder für die angestrichenen Hütten- und Walzarbeiter in Nothe Erde.

Bankausweise: Weichenfels Mt. 5,00, Tiefhartmannsdorf 5,25, Wildbauer: Berlin 18,00, Zigarren- und Tabakarbeiter: Döbeln 3,75, Deutsche Frauen und Mädchen: Striegau 2,00, Stegitz 2,00, Effen 13,00, Fabrik- und Handarbeiter: Kette 7,40, Angsburg 10,00, Döbritz 4,25, Königsdorf 15,00, Striegau 6,00, Brüg 4,00, Oberleschen 5,15, Berlin II 4,00, Schiffische Berufe: Ren-Kuppen 0,65, Kaufleute: Berlin IX 3,90, Maschinenbau- u. Metallarbeiter: Glabbed 6,80, Schütz 15,00, Kupferschläger: Danzig 5,00, Schiffszimmerer: Groß-Biegenitz 4,50, Bredow 3,45, Gauden 19,65, Schneider: Berlin III 15,05, Bührenwalde 9,00, Lueblinburg 5,05, Reußthal a. d. S. 3,50, Leipzig I 14,45, Berlin V 5,70, Wilhelmshagen 3,20, Eidenfeld 5,00, Schuhmacher und Lederarbeiter: Weichenfels 4,00, Köpeln 8,00, Weichenfels 10,00, Rammeln 5,00, Stahlarbeiter: Berlin 11,75, Hütten: Rürnberg 25,00, Stolp 10,00, Schirbl 5,00, Rön 10,00, Schönlitz 5,00, Pagen 6,15, Töpfer: Jägerhof 4,10, Wittenitz 10,00, Sprottau 4,00, Christenbinder: Berlin 5,00, Rürnberg 20,00, Weichenfels 2,00, Hütten 11,25, Privat: Reuth-Hütten-Berlin 2,00, Gring-Hütten 5,45, Summa: Mt. 431,80, bereits gezahlt Mt. 671,85, Insgesamt Mt. 1103,75, Berlin, den 22. Oktober 1906. R. Klein, Verbandskassier.

6. Mitteilung über eingekaufte Spenden zur Errichtung eines Denkmals für unsere verstorbenen Kavalis Dr. Max Hirsch.

Tabrik- und Handarbeiter: Hermsdorf Mt. 3,25, Obenburg 3,00, Kaufleute: Berlin IX 5,20, Berlin III

10,00, Graph. Berufe: Eberfeld 3,00, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Reuweis 4,00, Jähre I 4,00, Bodum 2,60, Zeulenroda 3,30, Rammeln 1,00, Schönefeld 5,00, Reife 3,00, Schuhmacher und Lederarbeiter: Weichenfels 5,00, Weichenfels a. Ruar 3,00, Stahlarbeiter: Weichenfels 5,00, Hütten: Dortmund 3,20, Vereinigte Ortsvereine der Hütten-Berlin 10,00, Christenbinder: Bührenwalde 10,00, Privat: Albin Müller-Hütten 1,50, Joh. Engel-Ilm 0,50, Summa 83,63 Mt., bereits gezahlt 238,25 Mt., Insgesamt 311,90 Mt.

Für die Errichtung des Denkmals in Weichenfels sind 1817,09 Mt. vorausgezahlt, so daß noch ein Bestand von 1094,81 Mt. vorhanden ist.

Verbandskongressen! Vom Denkmals-Komitee ist die Errichtung einer größeren Bronzetafel mit dem Bilde unserer verstorbenen Kavalis geplant, welche zum Ehren den Kavalis an unserm Verbandskongress angebracht werden soll.

Da die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, so bitte ich um schleunige Einzahlung der bereits gesammelten Spenden.

Mit genossenschaftlichem Gruß Berlin, den 22. Oktober 1906. Rudolf Klein, Verbandskassier.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstraße 221/222. Gäste willkommen. — Gängerklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Lehnungshaus im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonntag, 28. Oktober. Weichenfels a. Ruar. Stahlarbeiter VII. Born. 9 1/2 Uhr, Weichenfelsfrage 14-16. Monatsbericht. Weichenfels-Berichterung u. Berichtsabend. — Donnerstag, 1. November. Graph. Berufe II. Ab. 8 1/2 Uhr, Johannistich 3.

Orts- und Gewerksvereine.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Bill. Schulze-Wattler, Distriktsklub. — Hannover und Hagen (Ortsverband). Die Gesangshunden der Ortsverbands-Herbertsiedel finden jeden Dienstag abends 9 Uhr im Weichenfelslokal „Königsberg“, Weichenfels 12, statt. — Weichenfels (Ortsverband). Jeden Sonntag abends 9 Uhr Sitzung bei Salbert, „Jägerhof“. — Weichenfels (Ortsverband). Sonntag, 28. Oktober, nachm. 3 Uhr, beim Wirt Ballenberg in Bührenwalde Versammlung. L.D. besetzt. 5 Uhr öffentliche Gewerksvereins-Versammlung. — Schwerde (Ortsverband). Sonntag, 4. November, nachm. 3 Uhr, öffentliche Gewerksvereins-Versammlung in Bührenwalde beim Wirt Heimsoth. L.D.: Gewerksvereinswahl.

Wendungen beim. Ergänzungen zum Weichenfelslokal. Hannover (Ortsverband). K. Laue, Kassier, Hannover-Enden, Weichenfels 26, Hintert. I.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

- Heftchrift zum 70. Geburtstag des Kavalis von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.
- Leitfaden zum Gewerksgerichtsgefes von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf.
- Wegweiser durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
- Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf.
- Fragebogen zum Anwalts-Verfahrensgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
- Ausführungs-Bild des Verbandsbureaus Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pf.
- Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Heftchrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Bücher) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mt.
- Kollektiv-Vertragslehre von Dr. G. S. H. Preis 30 Pf.
- Arbeitsvertrag in der Heimarbeit. 2 Referate von 2. Winter-Berlin und 8. Herndt-Bredben. Gratis.
- Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bromberg. Gratis.
- Leitfaden und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und J. D. Käfer-Nürnberg. Gratis.
- Arbeitsvertrag, insbesondere Magazinalarbeitstag, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf.
- Maßnahmen zur Klage- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Heftblätter, wie auch Bücher und Schriften jeder Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Selbstabgaben sind immer zu zahlen an den Verbandskassier Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Der Gewerksverein

Jahrgang 1905

auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsvereine und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mt. NB. Früherer Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau: Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/222.

Bestellungen an den Verbandskassier R. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/222.

Die Königsberger Hartungische Zeitung

(Gegründet 1860)

Ist das Hauptorgan der freisinnigen Volkspartei in Ost- und Westpreußen und bringt, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ausführliche Telegramme über alle wichtigen Ereignisse, Original-Entwürfe und Korrespondenzen, politische Nachrichten, umfassende Reichs- und Landtags-Versandlungen, telegraphische Correspondenzen u. s. w. Mit besonderer Sorgfalt werden die Handels- und volkswirtschaftlichen Zeitereignisse wahrgenommen und kritisch vertretet, wie denn überhaupt die Hartungische Zeitung das maßgebende Organ für Ost- und Westpreußen ist. Ein begabtes Redaktionelles Komitee und Theater-Korrespondent u. s. w. tragen des weitern dazu bei, der Hartungischen Zeitung ihre alte Beliebtheit zu erhalten und ihr fort und fort neue Freunde zu erwerben.

Die Hartungische Zeitung erscheint täglich zweimal. Bezugspreis Mt. 3,75 pro Vierteljahr (ohne Postgeb.). Die Königsberg Mt. 3. — pro Vierteljahr, mit Postgeb. Mt. 5,50.

Inserate jeder Art

finden bei der hohen Auflage der Zeitung die weiteste Verbreitung und sind sehr wirksam, da das Blatt hauptsächlich in den gebildeten und kaufkräftigen Kreisen der Bevölkerung gelesen wird.

Inserationsorgan fast sämtlicher Bezirke!

Zeilenpreis 20 Pf., Reklamen 75 Pf., Wohnungs-Anzeigen und Arbeitsmarkt 15 Pf.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/222.

Verbandskongressen!

Allen nach Berlin kommenden Verbandskongressen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierhäuser zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Reibungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Bächner, Duergerstraße.

Das Bureau des Zentralrats.